

Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 73'088
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 037.021
Abo-Nr.: 1094819
Seite: 6
Fläche: 48'406 mm²

Bund kommt Verdingkindern entgegen



Die Wiedergutmachungsinitiative von Guido Fluri und seinen Mitstreitern, die letzten Dezember in Bern eingereicht wurde, hat schon erste Früchte getragen.

DENISE LCHAT
schweiz@luzernerzeitung.ch

WIEDERGUTMACHUNG Der Bundesrat will ehemalige Verdingkinder mit 300 Millionen Franken entschädigen. Die Urheber der Wiedergutmachungsinitiative reagieren auf den Entscheid positiv.

Verdingkinder, Heimkinder, Zwangsadoptierte, Zwangssterilisierte und Fahrende: Viele Kinder und Jugendliche in der Schweiz waren während Jahren körperlicher und psychischer Gewalt ausgesetzt. Der Bundesrat hat schon früher anerkannt, dass die damaligen Behörden von Bund, Kantonen und Gemeinden an diesem Leid eine Mitschuld tragen; Bundesrätin Simonetta Sommaruga entschuldigte sich denn

auch im April 2013 an einem Gedenk Anlass im Namen der Landesregierung bei den Opfern für das geschehene Unrecht.

Bis zu 25 000 Franken pro Kopf

Jetzt sollen die Opfer von Fremdplatzierungen und fürsorglichen Zwangsmassnahmen zur Anerkennung dieses Unrechts zumindest einen Solidaritätsbeitrag erhalten: Der Bundesrat hat

Hauptausgabe

Neue Luzerner Zeitung
6002 Luzern
041/ 429 51 51
www.luzernerzeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 73'088
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 037.021
Abo-Nr.: 1094819
Seite: 6
Fläche: 48'406 mm²

gestern deshalb ein Bundesgesetz in die Vernehmlassung geschickt, das die Schaffung eines Fonds im Umfang von 300 Millionen Franken vorsieht. Rund zwei Drittel davon will der Bund tragen. Da er die Zahl der Opfer auf 12 000 bis 15 000 schätzt, erhielt jedes Opfer einen Betrag von 20 000 bis 25 000 Franken.

Das Bundesgesetz ist der indirekte Gegenvorschlag, den die Regierung der Wiedergutmachungsinitiative gegenüberstellt. Die 2014 eingereichte Volksinitiative geht von höheren Opferzahlen aus und verlangt einen Fonds über 500 Millionen Franken. Guido Fluri – Urheber der Initiative – bedauert zwar den tieferen Betrag. Gleichzeitig ist er jedoch erfreut, dass der indirekte Gegenvorschlag mit dem Fonds eine zentrale Forderung der Initiative erfüllt. Ebenso entscheidend ist für Fluri die Absicht des Bundesrats, zusätzlich zu den finanziellen Leistungen das düstere Kapitel der Schweizer Sozialgeschichte ebenfalls wissenschaftlich aufarbeiten zu lassen. «Wir brauchen

diese historische Aufarbeitung, welche auch in künftige Schulmittel einfließen soll.»

Rückzug der Initiative denkbar

Der Faktor Zeit würde dafür sprechen, dass die Initianten ihr Begehren zu Gunsten der bundesrätlichen Alternative zurückziehen – denn auf diesem Weg könnten bereits ab dem Jahr 2017 die ersten Zahlungen erfolgen, während es bis zu einer Volksabstimmung noch gut und gerne fünf Jahre dauert. «Und in dieser Zeit sterben möglicherweise zahlreiche Opfer», sagt Fluri. Voraussetzung für einen Rückzug ist für die Initianten allerdings, dass das Parlament in Bern den Betrag von 300 Millionen nicht herabsetzt und das Bundesgesetz mit klarer Mehrheit unterstützt. Ansonsten würde die Anerkennung des Unrechts aus Sicht der betroffenen Verdingkinder erneut relativiert, sagt Fluri, der selbst ein früheres Heimkind ist.

Lob an die Adresse der Bauern

Mit Blick auf die Vernehmlassung und die anschliessende parlamentarische Beratung bleibt er derweil vorsichtig optimistisch. In den letzten Monaten habe sich laut Initiant Fluri in intensiven Gesprächen eine Annäherung zwischen den Initianten und der Bischofskonferenz sowie dem Schweizerischen Bauernverband ergeben. «Die Kirche, welche früher für die Führung vieler Heime verantwortlich zeichnete, ist inzwischen sogar im Initiativkomitee vertreten», sagt Fluri dazu weiter.

Audienz mit Signalwirkung

Im Frühling lud sogar der Vatikan eine Gruppe von Schweizer Missbrauchsoffern zu einer Generalaudienz nach Rom. Heim- und Verdingkinder, sagt Fluri, der heute ein erfolgreicher Unternehmer ist, hätten keine Lobby und kein Geld. «Was wir für sie erreicht haben, war harte Knochenarbeit.»